

# Dresdner Volkszeitung

Vollschickkonto: Dresden Nr. 1288, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Veranstaltungen: Sächsische Staatsbank, Dresden, Kauf d. Arbeiter, Angehörigen u. Beamten, Dresden, Gebrauer Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch ohne Einfluss höherer Gewalt, bei der Beizucht der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Restitutions der Summe

Abonnementspreis mit der nächsten Unterhaltungsbeilage: Neben, "Kunst", außerdem "Volk und Welt" monatlich 1,50 M., zu- dem 40 M. Vorkaufspreis, Postbezug 1,50 M., zusätzl. Post- u. Zus.- schickgeb. 24 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201. Sprech- stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Kassenscheine: Die 80 mm breite Kassenscheine 25 M., die 90 mm breite Kassenscheine 2 M., für anwärts 40 M., u. 2,50 M., abwärts Preisentwurf laut Tarif, Kammerangelegen. Dresden. M. Diegelstraße 20 M., netto. Für Briefmarken, 10 M., Einzelst. 10 M.

Nr. 68

Dresden, Montag, den 21. März 1932

43. Jahrgang

## Groener und Hitlers Privatarmee

### Breitscheids Fragen an die Reichsregierung

Stuttgart, 21. März. (Fig. Funkpr.) Auf der Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie, die am Sonntag in Stuttgart tagte und zu den bevorstehenden Landtagswahlen Stellung nahm, hielt Reichstagsabgeordneter Breitscheid ein ausführliches Referat über die politische Lage im Reich. Bei seiner Würdigung des Wahlergebnisses vom 11. März gelangte Breitscheid zu dem Schluss, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an diesem Tage durch ihr geschlossenes Auftreten für den Staat, gegen dessen Politik sie die schwersten Einwendungen zu erheben haben, zehnmal mehr nationale Zustimmung befanden hätten als alles, was sich in der jetzt wie im Winter in der Frühlingssonne zusammenschmelzenden Sozialdemokratischen Front unter dem Schlagwort des Nationalismus zusammengelassen hatte. Aber mit diesem Erfolg ihrer Tätigkeit dürfe sich die Sozialdemokratie nicht begnügen. Die bevorstehenden Wahlen müßten Preußen ebenso wie Württemberg davor bewahren, „braunschweigig“ zu werden. Keine noch Braunschweig jetzt im Kleinen, wie es im „Dritten Reich“ im großen ausfallen würde. Von der Reichsregierung sei mehr Energie zu verlangen. (Lebh. Beifall.)

Es dürfe keine Privatarmee einer Partei mehr geben, deren terroristisches Auftreten eine wahre Kulturkatastrophe sei. (Lebh. Beifall.) Die Privatarmee des Herrn Hitler sei, wie sehr einwandfrei feststehe, am Wahlsonntag zum Bürgerkrieg gerückt gewesen, ohne daß man den Eindruck einer unbedingten Entschlossenheit der Abwehr dieses Terrors bei der Reichsregierung gehabt habe. (Beifall.) Die preussische Regierung habe die Abwehr energisch in die Hand genommen. Das von ihr beschlagnahmte Material sei noch nicht all- gemein bekannt geworden, aber es sei so gravierend, daß das Verhalten des Reichsinnenministers Groe-

ner demgegenüber zu ernster Kritik Anlaß gebe. (Zustimmung.)

Breitscheid fuhr wörtlich fort: „Dürfte Herr Groener überhaupt zwei Vertreter der Nationalsozialisten empfangen nach dem gemeinen Kampf, den diese Partei jetzt gegen Sindenburg geführt hat? Mühte Groener sich so auszusprechen, daß man daraus schließen konnte, er stehe dem Vorgehen Preußens mindestens skeptisch gegenüber? Groener ist anscheinend gewissen Kreisen im Reichswehrministerium erlegen. Wir fordern aber von diesen Stellen eine größere Rücksichtnahme auf die republikanisch gesinnte Bevölkerung.“ (Lebh. Beifall.)

Breitscheid kennzeichnete dann die Möglichkeiten eines energischen Abwehrkampfes gegen die faschistische Gefahr. Immerhin sei die Auffklärung von Millionen angesichts des erschütterten seelischen Gleichgewichts und der Vernebelung der Gehirne vieler Millionen eine langwierige Sache.

Darum müsse vor allem für eine Besserung der sozialen Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes Sorge getragen werden.

Der Staat, dessen beste Stütze die Arbeiterklasse sei, müsse mehr Rücksichten auf ihre Lebensnotwendigkeiten nehmen. Die Eisenerne Front bedeute das Erwachen des besseren, des arbeitenden Deutschlands. Sie müsse zusammenbleiben, bis das Volk seinen Staat errichtet habe. (Stürmischer Beifall.)

Die Landesversammlung nahm einstimmig eine Entschliekung an, in der an die Reichsregierung das Eruchen gerichtete wird, gemeinsam mit den Regierungen der Länder mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die Privat- armee der Nationalsozialistischen Partei vorzugehen.

### Auftakt zu neuen Kämpfen

#### Der Verlauf des ostfälischen Bezirksparteitages der SPD.

Ob. Der Bezirksparteitag der SPD, Ostschlesien hat gehalten, was er versprochen. In außerordentlicher Kampfsituation trat er zusammen, und das Außergewöhnliche der Zeit fand in seinen Beratungen Widerhall. Schon äußerlich unterschied sich der Bezirksparteitag von früheren Parteitagungen dadurch, daß zur Erledigung des Arbeitsstoffes 3 1/2 Tage vorgezogen waren. Die nach außen wirkenden großen politischen Fragen der Gegenwart waren der Sonnabend- tagung vorbehalten, an der im Trianonfoal in Dresden zahl- reiche Gäste teilnahmen. Die politische Zielsetzung der Partei und die Fragen der Arbeitsbeschaffung bildeten den Inhalt der Referate. Prüft man den Bezirksparteitag kritisch, dann wird man zur Anerkennung für das nächste Jahr feststellen müssen, daß zwei so wertvolle und der Natur des behandelten Stoffes nach längere Vorträge nicht an einem Abend gegeben werden dürften, damit größerer Raum für die Aussprache gegeben ist, als es diesmal möglich war. Dem Inhalt der Tagung hat dieser äußere Mangel keinen Abbruch getan.

In tiefstürzenden Ausführungen behandelte der Be- zirksparteitagsredner, Genosse Edel, die Grund- linien der Politik der Sozialdemokratie in der Gegenwart, wobei er zugleich diejenigen Fragen heraus hob, die im Laufe des Geschäftsjahres der Beschluß- fassung und der politischen Tätigkeit des Bezirks unterstanden hatten. Der 13. März, so führte er aus, hat gezeigt, daß es noch Waffen gibt, die zur Republik stehen. Sie zu verwenden, um Deutschland endlich von der Gefahr des Bürgerkrieges zu befreien, wäre die Aufgabe der regierenden Politiker in Deutschland. Nur deshalb konnte der Faschismus groß werden, weil bei vielen Bürgerlichen zwei Seelen in einer Brust ringen. Viel nachhaltiger und erfolgreicher könnte das Proletariat kämpfen, wenn es einheitlich organisiert wäre. Die größte Gefahr innerhalb der Arbeiterbewegung selbst sind das kommunistische Raubheimentum und die ver- schwommene Phrasologie der Sektierer der KPD. Die Kom- munisten sind heute mit ihrer Revolutionsromantik die stärkste Öffnung der Konterrevolution. Gewalt gegen Gewalt, wenn die Reaktion zum gewalttätigen Angriff übergeht, aber keine Provokationen zur Gewalt, weil darauf die Konterrevo- lutionäre nur warten. Wir schützen die demokratische Re- publik, aber wir schützen sie nicht um ihrer selbst willen, sondern als Mittel zum Zweck. Wir verteidigen sie, weil wir den Sieg des Sozialismus wollen.

#### Wie aber können wir die Arbeiterklasse über die Äste der Gegenwart hinwegbringen?

Wenn wir die Erwerbslosen einreihen wollen in die Produktion, dann stößt dieses Bestreben auf schwer zu überwindende

## Die Bewaffnung nachgewiesen

### Feststellungen Severings

R. Düsseldorf, 19. März. (Fig. Drahtb.)

In der Düsseldorfener Festhalle sprach der preussische Innen- minister Severing am Sonnabend zur Präsidentenwahl und zur Reichstagswahl. Severing gab ein Bild von der Lage, in die das Reich durch die Republik und die Demo- kratie gebracht, wie aber Preußen als ein Machtfaktor alle Volk- treue aufrechterhalten habe. Es bleibe Preußens historisches Ver- dienst, die Vorherrschaft einer bevorrechteten Klasse in allen staat- lichen Machtpositionen zu erhalten und dem demokratischen Gedanken freie Bahn zu lassen. Bezeichnend ist, daß in den beiden großen Bewegungen, die das neue Preußen zertrümmern möchten,

im Stahlhelm und im Nationalsozialismus, Höhenkollern- dringen als die Repräsentanten der Klasse führend sind, die ihre alte Vorherrschaft mit neuen Methoden wieder aufzurichten will.

Aber es werden sich alle Schichten der Bevölkerung in über- wiegender Mehrheit zum Schutze des neuen Preußens und zur Sicherung derjenigen Errungenschaften zusammenschließen, die es und gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen den Andersdenkenden und eine Staats- form, die vom Volke ausgeht.

Man wird aber auch in den der preussischen Regierung gegenüberstehenden Kreisen damit rechnen müssen, so schloß der Minister, daß sie die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen Terror, Gewalt und illegale Pläne in vollem Umfange zur Anwendung bringen wird. Duldungszeit hört da auf, wo sie durch Gewalt von anderer Seite mißbraucht werden soll. Man hat die preussische Nation gegen die illegalen Pläne der sogenannten Sturmabteilungen der KPD als Wahlmacht, Sensationshäftlinge usw. abzuwin- neln versucht. Wer mich kennt, weiß, daß mir von allen Genossen die politischen am wackerlichsten sind. Auch von Wahlmacht kann keine Rede sein. Wenn nicht

die vollständigen Feststellungen die Bewaffnung der SA an so vielen Orten nachgewiesen hätten, wären die angeführten Nachrichten und andere Maßnahmen überflüssig gewesen. Das waren sie nun aber leider nicht. Alle Abkennungsversuche der Hitler-Leute werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Exzerziten der sogenannten braunen Armees einen Grab- reichthum haben, den so überfließen kein Staat erhalten darf, der sich nicht selbst preisgeben will.

Die Versammlung wurde ein großer Erfolg der Sozial- demokratie.

### Der Ausschubefehl am Rhein

R. Bingen am Rhein, 19. März. (Fig. Drahtbericht.)

Wie das hiesige Zentrumblatt meldet, lagen am 13. März die SA-Mannschaften aus der Umgebung der Stadt Bingen in Alspheim in erhöhter Alarmbereitschaft. Für die Wahlnacht vom Sonntag auf Montag waren Last- autos bereit gestellt, die die SA-Leute nach Mainz bringen sollten. Die SA-Leute sprachen ganz offen darüber, daß sie Befehl hätten, sobald Hitler gewählt sei, mit Ge- walt alle öffentlichen Gebäude in Mainz zu besetzen.

### Sieben Millionen Mark kostete der Ritt

Die Millonen schulden der Nazis

D. Berlin, 21. März. (Fig. Funk.) Die national- sozialistische Propaganda zur Reichspräsidentenwahl soll bis- her nicht weniger als sieben Millionen Mark ver- schlungen haben, ohne daß für diesen Betrag erforderliche Deckung vorhanden wäre. Die Gesamtschulden der Nationalsozialistischen Partei beziffern sich nach zuverlässigen Angaben auf insgesamt zwanzig Millionen Mark, die zum Teil in Wechselverpflichtungen bestehen.

Es war die Hoffnung des Braunen Hauses in München, nach dem Anbruch des Dritten Reiches die Schulden aus der Reichskasse zu bezahlen. Nachdem daraus nichts geworden ist, dürfte der Reichsvollzieher in Zukunft noch mehr als bisher ständiger Gast des Braunen Hauses in München sein.

### SA von jüdischem Kapital ausgerüstet!

D. Berlin, 21. März. (Fig. Funk.)

Das Berliner Montagblatt des Kapitäns Gerschke teilt heute mit, daß die bekannte Berliner Firma Geizis Jordan in der Markgrafentstraße in Zukunft die Bewaffnung der KPD, also auch die SA, mit Aufschüssen und anderen Ausstattungsgegenständen beliefern werde. Die Firma Jordan arbeitet mit jüdischem Kapital und beschäftigt in ihren Leitenden, jüdischen, jüdischen Angehörigen.

### Die Seifenblase der Schwerindustrie

